



# **NKG-INDIKATOR 2025**

**Wirtschaftliche Situation und Erwartungen  
der Krankenhäuser in Niedersachsen**

**- Januar 2026 -**

|   |  |
|---|--|
| Niedersächsische Krankenhausgesellschaft e.V. |  |
| Thielenplatz 3                                |  |
| 30159 Hannover                                |  |
| Tel.:   | 0511 / 307630                                    |
| E-Mail:                                       | <a href="mailto:info@nkgev.de">info@nkgev.de</a> |
| Web:  | <a href="http://www.nkgev.de">www.nkgev.de</a>   |

## **Inhaltsverzeichnis**

|   |    |
|---|----|
| 1. Teilnahmequote und Aussagekraft.....             | 3  |
| 2. Wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser..... | 4  |
| 3. Unzureichende reguläre Finanzierung .....        | 7  |
| 4. Entwicklung des Personals .....                  | 8  |
| 5. Ausbildung und Arbeitsplatzattraktivität.....    | 9  |
| 6. Fokus: Bürokratie im Krankenhaus .....           | 10 |
| 7. Fokus: Gewalt gegen Klinikpersonal .....         | 13 |
| 8. Herausforderungen .....                          | 16 |
| 9. Schlussfolgerungen und Ausblick .....            | 17 |

# NKG-Indikator 2025

Die Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG) hat im August und September 2025 eine Umfrage zur wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser durchgeführt und die Ergebnisse im vorliegenden NKG-Indikator veröffentlicht. Ziel der jährlich durchgeführten Erhebung ist es, ein möglichst realistisches Bild der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Krankenhäuser in Niedersachsen zu geben.

Die wirtschaftliche Lage der Kliniken gestaltet sich nach wie vor dramatisch. 65 % der befragten Krankenhäuser bewerten ihre derzeitige wirtschaftliche Situation negativ. 74 % der befragten Krankenhäuser können ihre Sach- und Personalkostensteigerungen nicht aus den regelhaften Erlösen der Patientenbehandlung finanzieren und 43 % beurteilen ihre Liquidität als schlecht. Mit Blick auf das erwartete Jahresergebnis 2025 zeichnet sich eine weiterhin angespannte Situation ab: 75,2 % der befragten Krankenhäuser geben an, kein positives Ergebnis erzielen zu können.

Für das Jahr 2026 erwartet mehr als jedes zweite Krankenhaus (56 %), dass sich die wirtschaftliche Situation gleichbleibend darstellen wird, während 34 % der Kliniken von einer noch schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung ausgehen. Eine bessere wirtschaftliche Entwicklung erwarten lediglich 10 % der Krankenhäuser. Die Prognose für das kommende Jahr fällt damit etwas „besser“ aus als in der Vorjahresumfrage. In deren Ergebnisse konnte der zwischenzeitlich gewährte Rechnungszuschlag zur teilweisen Kompensation inflationsbedingter Kostensteigerungen noch nicht einfließen.

Aus Sicht der NKG besteht jedoch kein Grund zur Entwarnung. Die wirtschaftliche Schieflage besteht für die überwiegende Mehrheit der Krankenhäuser in unverminderter Schärfe fort. Hinzu kommt, dass die Befragung der NKG vor dem Bekanntwerden umfassender Sparpläne der Bundesregierung zur Stabilisierung der GKV-Finzen stattgefunden hat, die in wesentlichen Teilen zulasten der Kliniken gehen sollen.

Neben der regulären Abfrage der wirtschaftlichen Situation hat die NKG im Zuge ihrer diesjährigen Erhebung die Themen „Bürokratie im Krankenhaus“ sowie „Gewalt gegen Klinikpersonal“ in den Mittelpunkt gestellt. Die Ergebnisse geben ebenfalls Anlass zur Sorge und zeigen, dass auf diesen Themenfeldern dringender politischer Handlungsbedarf besteht:

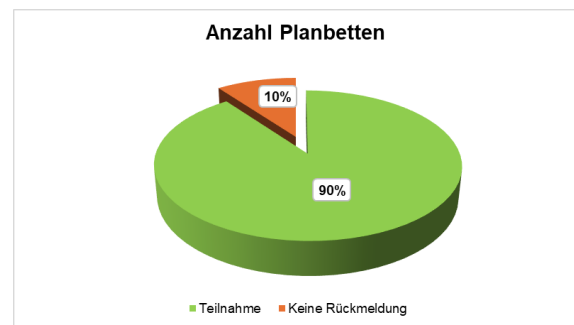
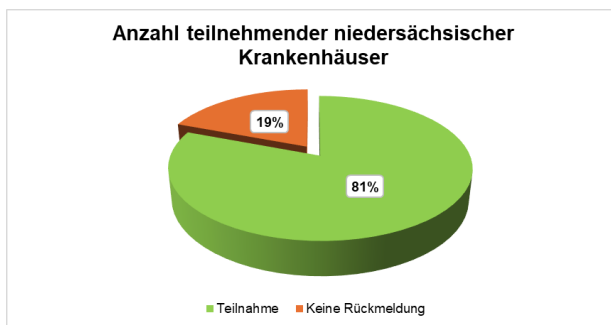
Der Dokumentationsaufwand für die Beschäftigten in den niedersächsischen Krankenhäusern steigt kontinuierlich: 98 % der Krankenhäuser bewerten den Bürokratieaufwand aktuell als hoch oder sehr hoch. Nur 2 % der befragten Krankenhäuser ordnen den Aufwand für Dokumentations- und Nachweispflichten als mittel ein. Nahezu die Hälfte (47 %) der befragten Kliniken gibt an, dass der bestehende Bürokratieaufwand häufig zulasten der Patientenversorgung geht.

Zunehmende Gewalt gegenüber den Mitarbeitenden in den Krankenhäusern stellt ein ernstzunehmendes Problem dar. Der aktuellen Erhebung zufolge ist in den vergangenen Jahren in Niedersachsen ein Anstieg der Gewalt gegen Klinikpersonal zu verzeichnen. 72 % der von der NKG befragten Krankenhäuser berichten von einem „deutlichen“ (26 %) oder „mäßigen“ (46 %) Anstieg der verbalen oder körperlichen Übergriffe gegen ihre Beschäftigten in den vergangenen fünf Jahren. Bezeichnend ist, dass kein einziges Krankenhaus einen Rückgang gewalttätiger Übergriffe verzeichnet.

## 1. Teilnahmequote und Aussagekraft

Die Umfrage für den vorliegenden NKG-Indikator hat im August und September 2025 stattgefunden. Alle nach dem Niedersächsischem Krankenhausplan zugelassenen Krankenhäuser wurden gebeten, an der Erhebung teilzunehmen.

130 Krankenhäuser haben an der Befragung teilgenommen. Das entspricht einem Anteil von 81 % der zum Zeitpunkt der Umfrage 161 zugelassenen Krankenhäuser in Niedersachsen. Auf die teilnehmenden 130 Krankenhäuser entfallen 35.520 der insgesamt 39.557 Planbetten in Niedersachsen. Das entspricht einem Anteil von 90 % der Krankenhausbetten in Niedersachsen.

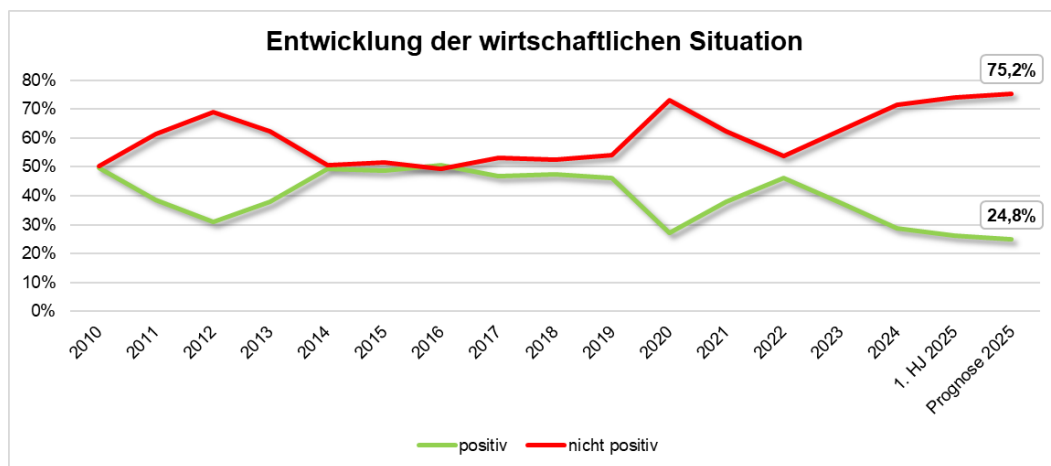


In der Umfrage liegt der Anteil der somatischen Krankenhäuser bei 74 %, der der psychiatrischen bzw. psychosomatischen Krankenhäuser bei 15 % und der der gemischten Einrichtungen bei 12 %. Aus dem Vergleich mit den Werten aus dem Krankenhausplan - somatisch 72,4 %, psychiatrisch/psychosomatisch 16,6 % und gemischt 11 % - wird deutlich, dass die Zusammensetzung der Stichprobe der Versorgungssituation in Niedersachsen entspricht.

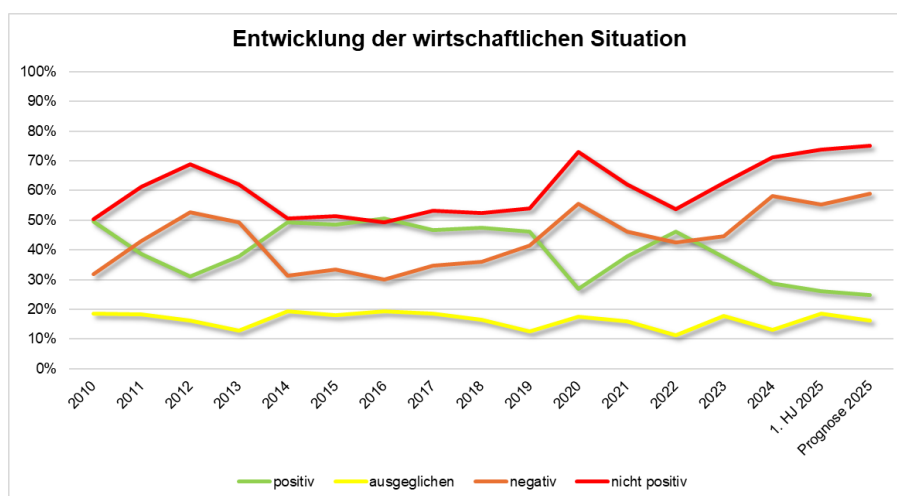
Die teilnehmenden Krankenhäuser am NKG-Indikator 2025 bilden sowohl in der Struktur als auch hinsichtlich der Krankenhausbetten nach Trägerschaft die Situation für Niedersachsen ab. Die Stichprobe ist repräsentativ. Ihre Aussagen sind auf das ganze Land übertragbar.

## 2. Wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser

Die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser in Niedersachsen ist seit Jahren besorgniserregend. So lag der Anteil der Häuser, die in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung kein positives Ergebnis verzeichnen konnten im Jahr 2021 bei 62 %, 2022 bei 54 %, 2023 bei 63 % und 2024 bei 71 % <sup>1</sup>. Aktuell ist eine weitere Verschlechterung der Situation zu verzeichnen. Für das erste Halbjahr 2025 geben 73,8 % der befragten Krankenhäuser an, kein positives Ergebnis erzielen zu können. Die Prognose für das Gesamtjahr 2025 liegt bei 75,2 % nicht positiven Ergebnissen.

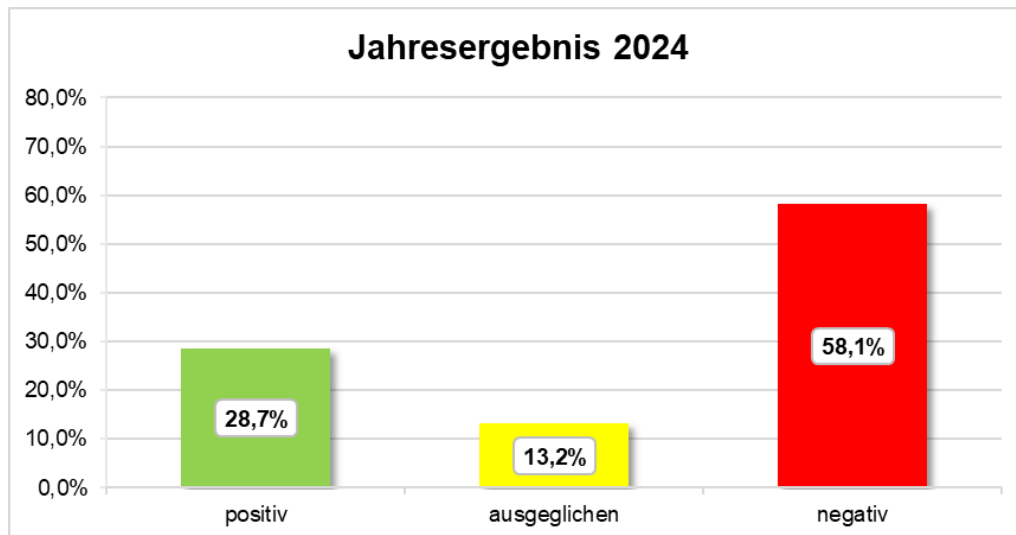


Die Betrachtung der wirtschaftlichen Situation im mehrjährigen Vergleich zeigt einen Rückgang von Krankenhäusern, die in der Lage sind, ein positives Jahresergebnis zu erzielen. Damit einher geht ein Anstieg negativer Ergebnisse, während der Anteil der Krankenhäuser mit ausgeglichenem Ergebnis relativ konstant bleibt.

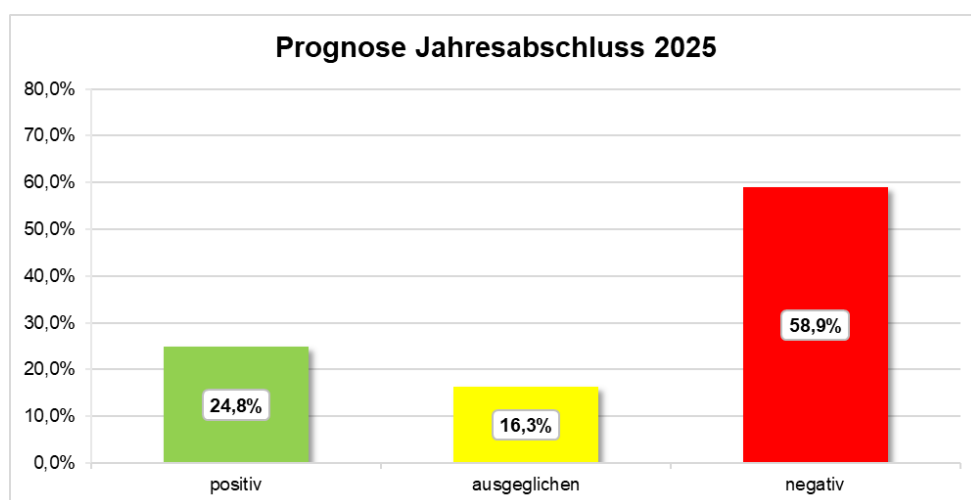


<sup>1</sup> In den Jahren 2021 bis 2023 wurden wirtschaftliche Belastungen zumindest teilweise durch Corona-Rettungsschirm, Energiehilfen und weitere Sondereffekte bzw. periodenfremde Effekte abgefedert.

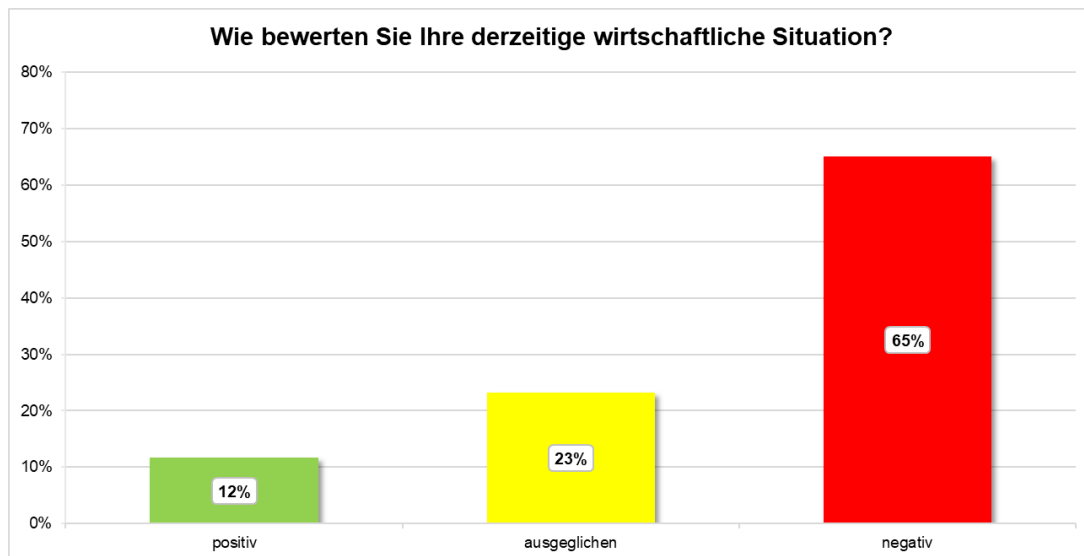
Bei näherer Betrachtung der Jahresergebnisse 2024 zeigt sich, dass 58,1 % der Krankenhäuser in Niedersachsen ein negatives Jahresergebnis aufwiesen. 13,2 % der Krankenhäuser verzeichneten ein ausgeglichenes Jahresergebnis. Auch deren Existenz ist mittel- bis langfristig als nicht gesichert anzusehen. 28,7 % der Krankenhäuser konnten ein positives Jahresergebnis vorweisen.



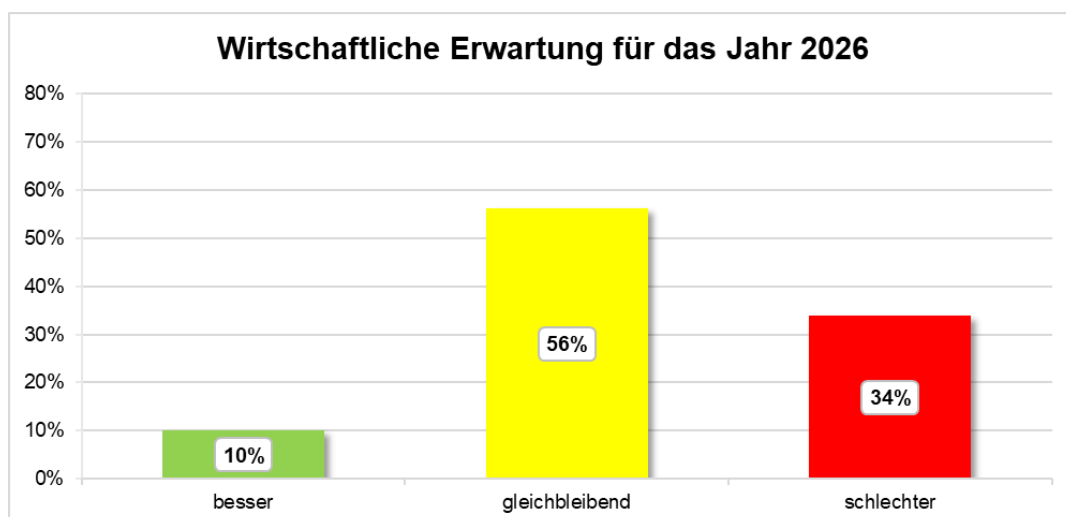
Mit Blick auf das erwartete Jahresergebnis 2025 zeichnet sich eine weiterhin angespannte Situation ab. Ausgehend von der Gewinn- und Verlustrechnung des ersten Halbjahres 2025 beträgt der Anteil der Krankenhäuser, die ein negatives Jahresergebnis erwarten 58,9 %. Ein ausgeglichenes Ergebnis prognostizieren 16,3 % der Kliniken. Der Anteil der Krankenhäuser mit einem positiven Ergebnis beläuft sich in der Prognose auf 24,8 %. Der Anteil der Krankenhäuser ohne positives Jahresergebnis summiert sich somit insgesamt auf 75,2 %. Damit sind nahezu 8 von 10 Kliniken in Niedersachsen perspektivisch in ihrer Existenz bedroht.



Die Krankenhäuser wurden zudem gefragt, wie sie ihre derzeitige wirtschaftliche Situation beurteilen. 65 % der Krankenhäuser bewerten ihre aktuelle wirtschaftliche Lage negativ. 23 % geben an, ihre Lage sei ausgeglichen und 12 % schätzen ihre wirtschaftliche Situation positiv ein.



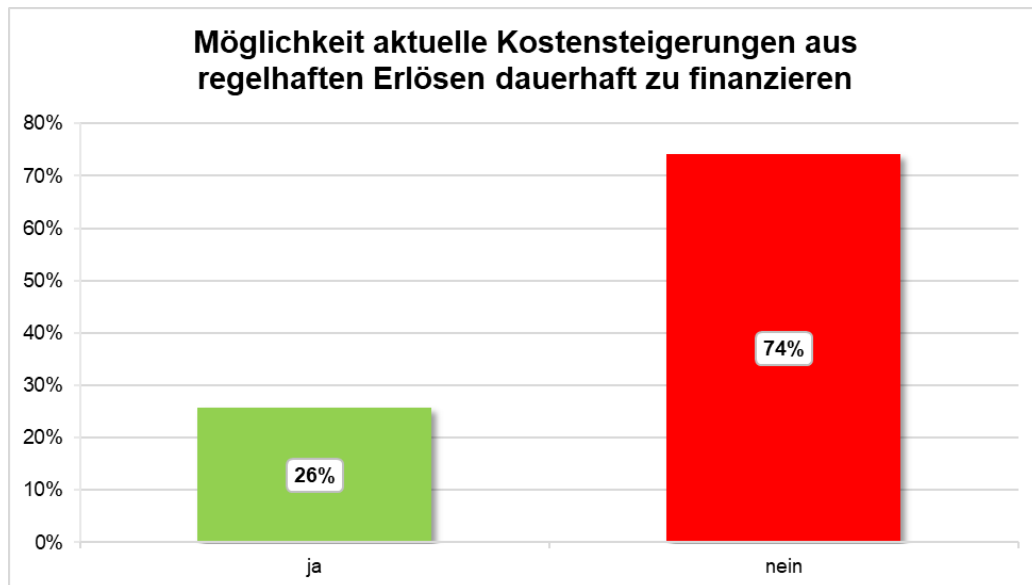
Für das Jahr 2026 erwartet mehr als jedes zweite Krankenhaus (56 %), dass sich die wirtschaftliche Situation gleichbleibend darstellen wird. 34 % der Kliniken gehen von einer für sie schlechteren wirtschaftlichen Entwicklung aus. Eine bessere wirtschaftliche Entwicklung erwarten 10 % der Krankenhäuser.



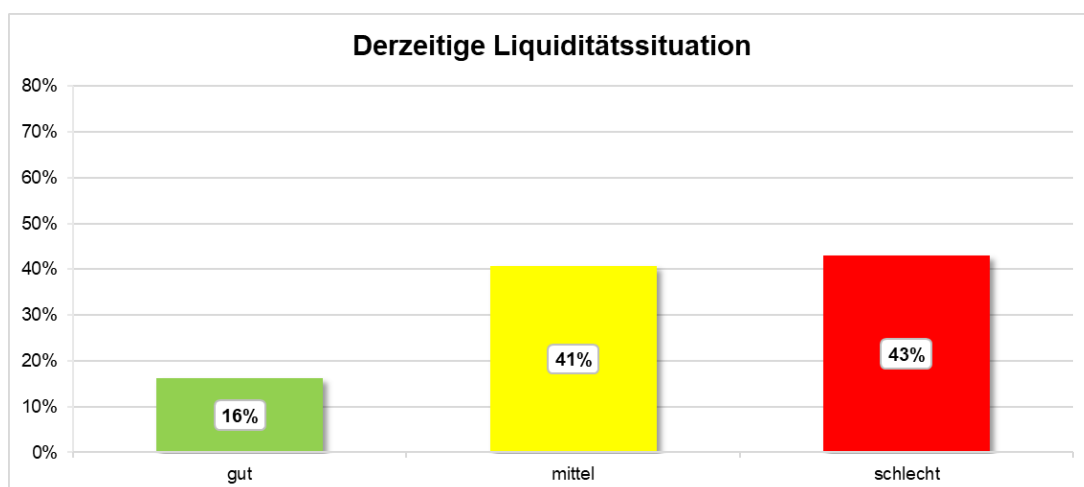
Die Prognose der Krankenhäuser ist erfahrungsgemäß von Vorsicht und einer eher pessimistischen Tendenz geprägt. Der zugrundeliegende Trend hat sich jedoch in der Vergangenheit regelmäßig bestätigt.

### 3. Unzureichende reguläre Finanzierung

Die Krankenhäuser wurden von der NKG gefragt, ob sie die Sach- und Personalkostensteigerungen aus den regelhaften Erlösen der Patientenbehandlung finanzieren können. 74 % der befragten Krankenhäuser verneinen dies. Dieses Ergebnis entspricht der pessimistischen Prognose für den Jahresabschluss 2025 und belegt, dass auf Grundlage der regulären Krankenhausfinanzierung die wirtschaftliche Existenz der Mehrheit der Krankenhäuser in Niedersachsen gefährdet ist.



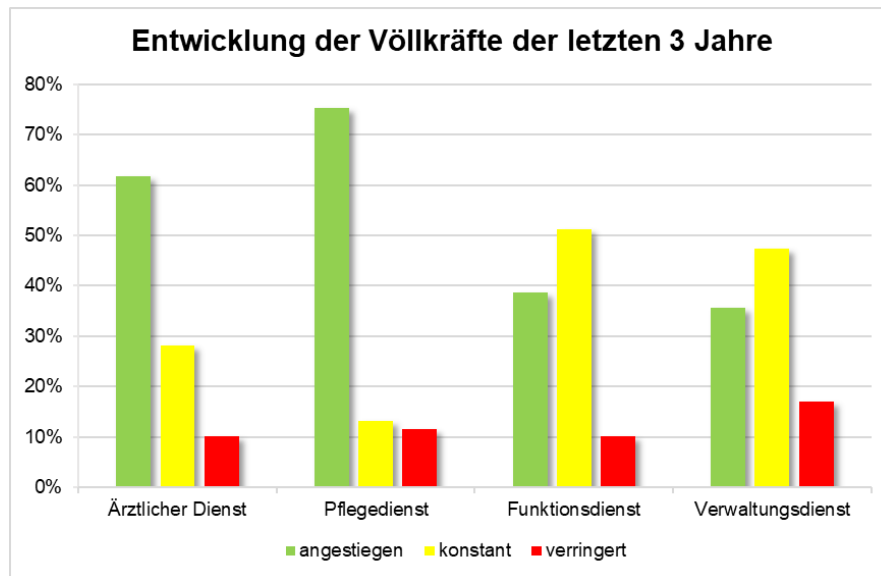
Eine Mehrheit von 43 % der Krankenhäuser beurteilt ihre Liquiditätssituation negativ. In 41 % der Fälle stellt sich die Situation ausgeglichen dar. 16 % der Kliniken berichten von einer positiven Situation ihre Liquidität betreffend.



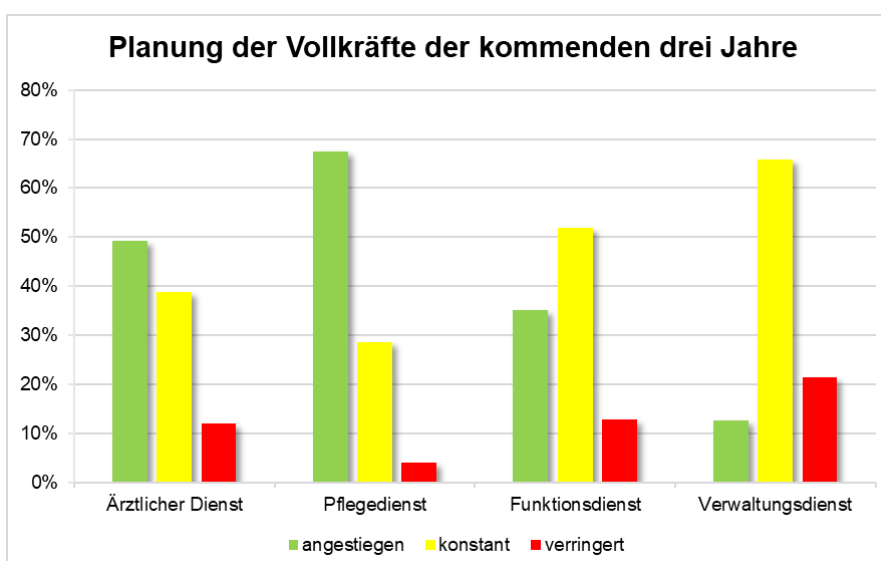


## 4. Entwicklung des Personals

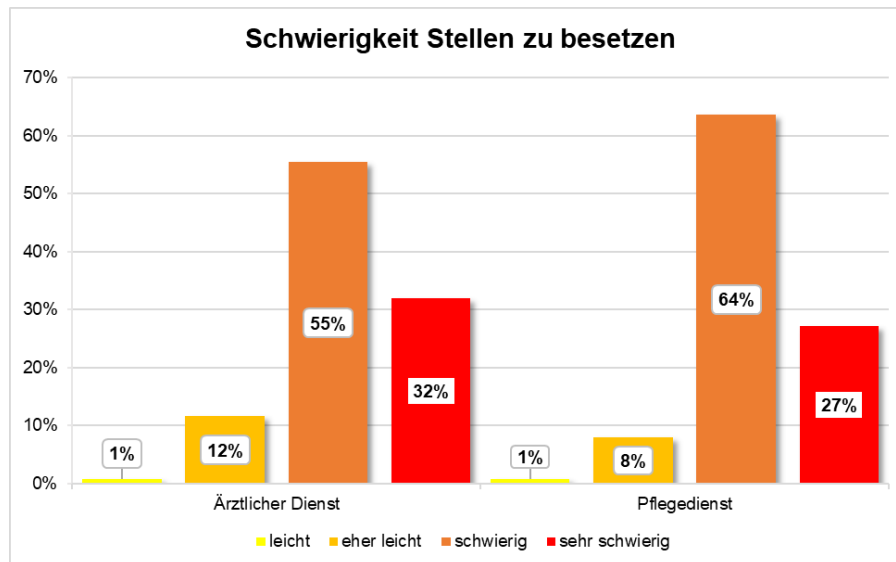
Den Krankenhäusern ist es trotz schwieriger Rahmenbedingungen gelungen, zusätzliches Personal zu gewinnen. Im Pflegedienst haben 75 % der Häuser neues Personal eingestellt. Im ärztlichen Dienst waren 62 % der Kliniken in der Lage, zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen. Zudem wurde in geringerem Umfang auch im Funktions- und Verwaltungsdienst benötigtes Personal aufgebaut.



Ein Großteil der Krankenhäuser beabsichtigt in den kommenden drei Jahren eine weitere Aufstockung des Personals: Der Schwerpunkt liegt hier weiterhin auf den Pflegekräften: 67 % der Kliniken wollen die Anzahl der Vollkräfte im Bereich der Pflege erhöhen. Für den ärztlichen Dienst geben 49 % der Krankenhäuser an, die Vollkräfte in den kommenden drei Jahren weiter ausbauen zu wollen.

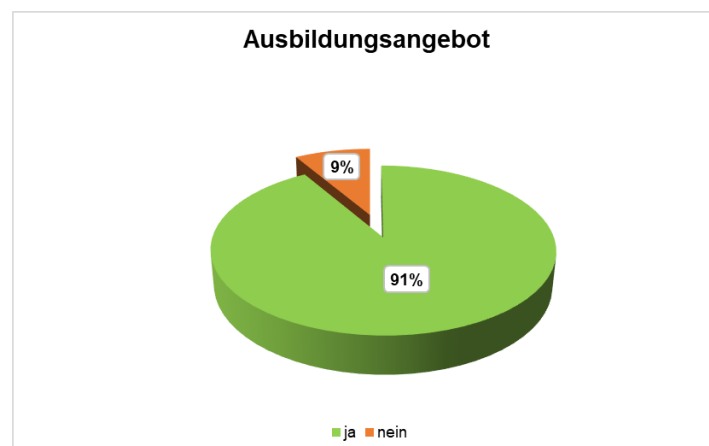


Der geplante Aufbau von zusätzlichem Personal wird für die Krankenhäuser mit großen Anstrengungen verbunden sein. Für den ärztlichen Dienst geben 87 % der Krankenhäuser an, dass die Stellenbesetzung schwierig oder sehr schwierig ist. Für den Pflegedienst trifft dies auf insgesamt 91 % der Krankenhäuser zu. Der Fachkräftemangel stellt erkennbar ein erhebliches Problem für die Krankenhäuser dar.

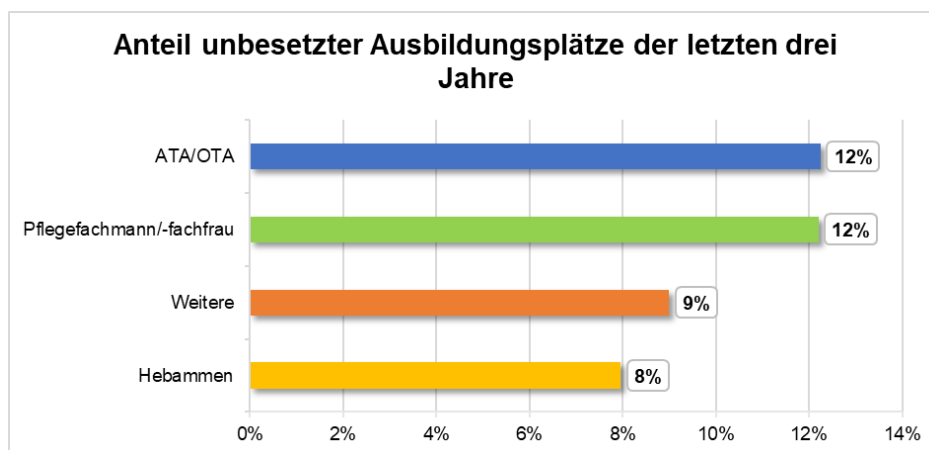


## 5. Ausbildung und Arbeitsplatzattraktivität

Die Krankenhäuser in Niedersachsen bilden Nachwuchs aus, um dem Fachkräftemangel aktiv entgegenzuwirken. 91 % der befragten Krankenhäuser geben an, Ausbildungsplätze anzubieten. Dies beinhaltet nicht nur die klassischen Ausbildungsberufe, wie z. B. die Ausbildung zum Pflegefachmann/-frau oder zur Hebamme, sondern auch Ausbildungen wie z. B. Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen. Zu den Ausbildungsberufen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gehören zudem Ergotherapeuten, Diätassistenten, Hebammen, Physiotherapeuten, Pflegefachkräfte, Krankenpflegehelfer, MTLA, MTRA, Logopäden, Orthoptisten und MFA.

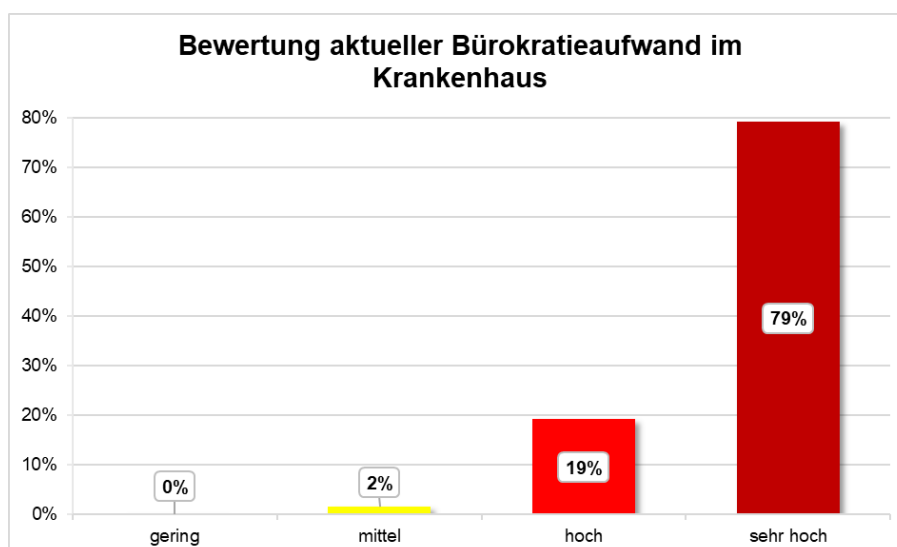


Trotz großer Anstrengungen gelingt es den Krankenhäusern in Niedersachsen nicht, alle angebotenen Ausbildungsplätze auch zu besetzen. Im Ausbildungsgang zur Pflegefachfrau bzw. zum Pflegefachmann blieben in den vergangenen drei Jahren durchschnittlich 12 % der Ausbildungsplätze unbesetzt. Im Bereich der ATA/OTA-Ausbildung waren es 12 %, in der Hebammenausbildung betrug der Anteil 8 %. Die Verantwortlichen im Gesundheitswesen und in der Politik sind gemeinsam gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, welche die Rahmenbedingungen weiter verbessern und die Attraktivität dieser Tätigkeiten erhöhen.

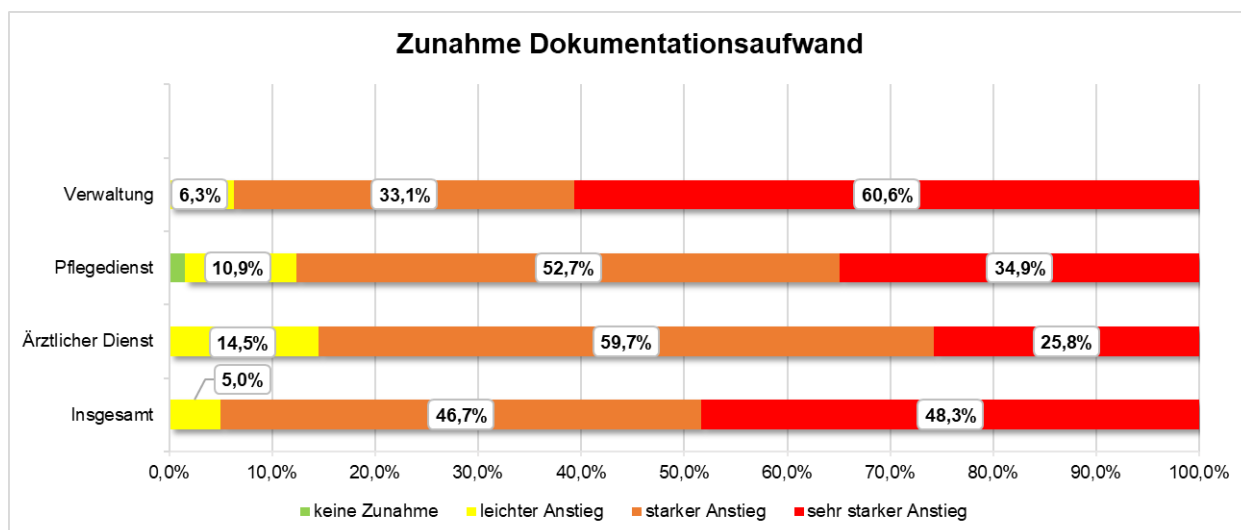


## 6. Fokus: Bürokratie im Krankenhaus

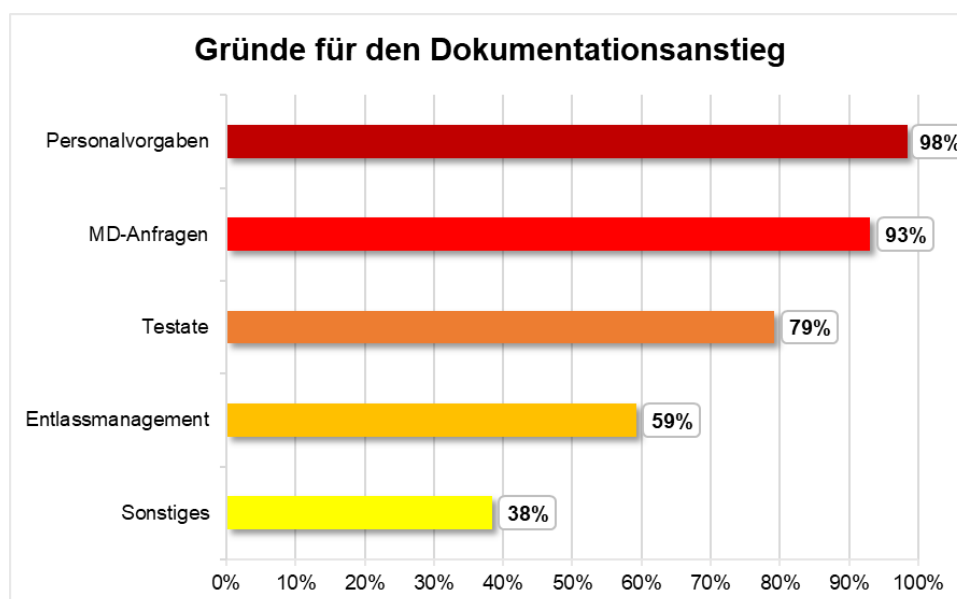
Der Dokumentationsaufwand für die Beschäftigten in den Krankenhäusern bewegt sich auf einem sehr hohen Niveau. 98 % der befragten Kliniken bewerten den Bürokratieaufwand aktuell als hoch oder sehr hoch. Nur 2 % der Krankenhäuser ordnen den Aufwand für Dokumentations- und Nachweispflichten als mittel ein. 0 % der Krankenhäuser ordnen den Aufwand als gering ein.



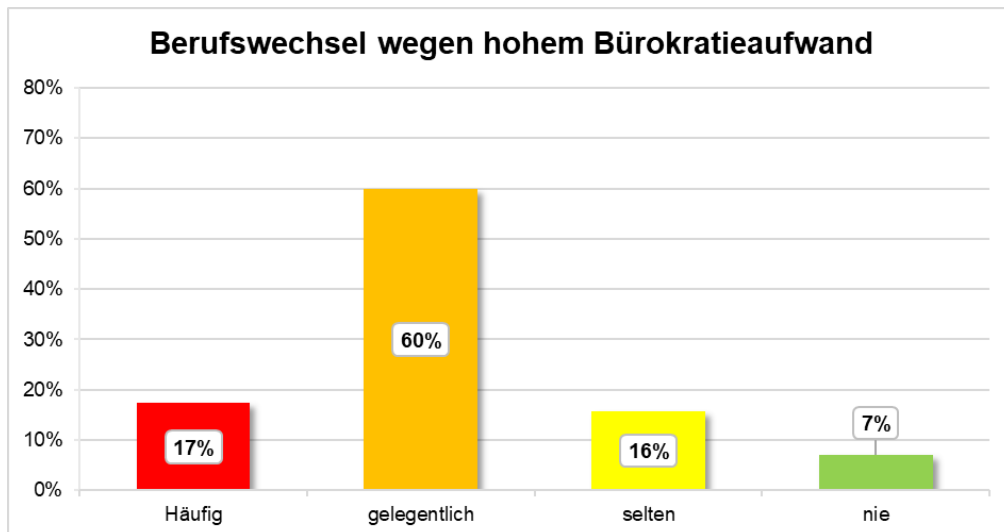
Ausgehend von einem bereits hohen Niveau nimmt der Dokumentationsaufwand für die Beschäftigten in den Krankenhäusern kontinuierlich zu. 95 % der Krankenhäuser geben an, dass der Dokumentationsaufwand für die Beschäftigten in den vergangenen Jahren stark bzw. sehr stark angestiegen ist. Im ärztlichen Dienst trifft dies auf rund 86 % der Kliniken zu. Im Pflegedienst verzeichnen rund 88 % der Krankenhäuser eine starke bzw. sehr starke Zunahme des Dokumentationsaufwandes. In der Verwaltung beobachten dies rund 94 % der Krankenhäuser.



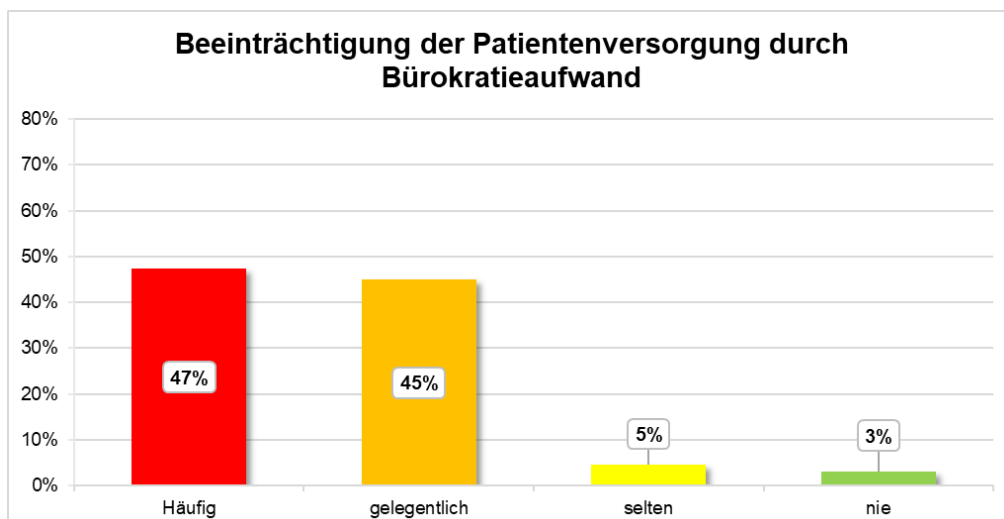
Der Anstieg des Dokumentationsaufwandes geht den Krankenhäusern zufolge auf mehrere Ursachen zurück: An erster Stelle werden Personalvorgaben wie PpUGV, PPP-RL, etc. (98 %) genannt. An zweiter Stelle folgen Anfragen des Medizinischen Dienstes (93 %). An dritter Stelle folgen Testate (79 %) und damit verbundener Aufwand in Dokumentation und Bearbeitung, gefolgt von Anforderungen im Entlassmanagement (59 %).



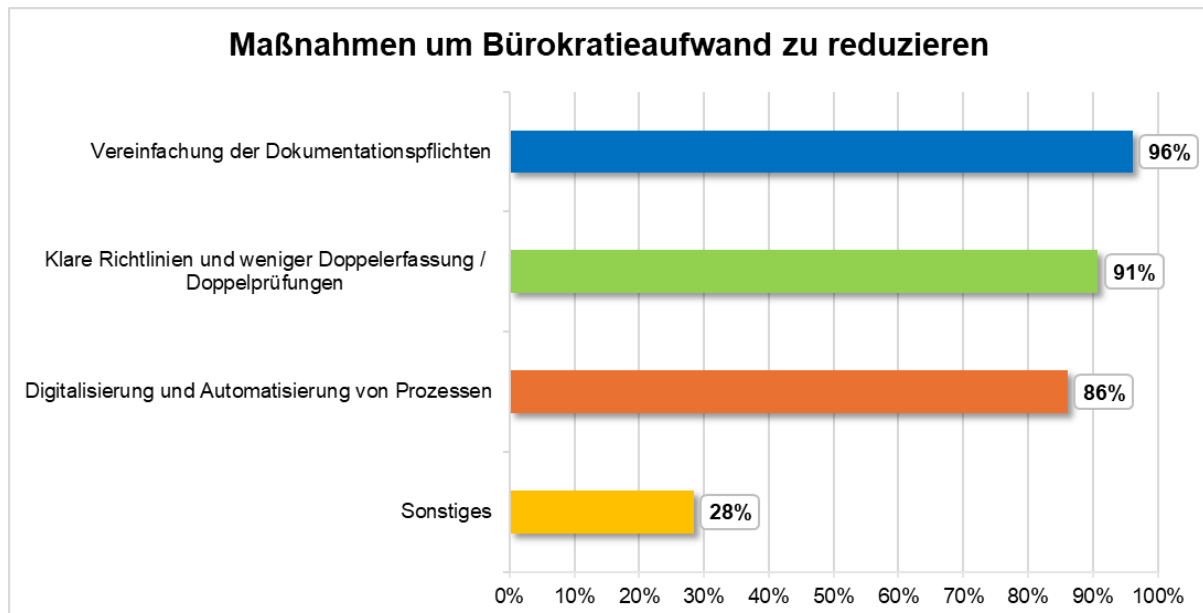
Diese Entwicklung ist angesichts des branchen- bzw. sektorenübergreifenden Wettbewerbs um Fachkräfte äußerst kritisch zu bewerten und bleibt nicht ohne Folgen. Die Krankenhäuser gehen davon aus, dass Fachkräfte wegen des hohen Bürokratieaufwandes häufig (17 %) oder gelegentlich (60 %) den Beruf wechseln. Nur eine Minderheit gibt an, dass ein Berufswechsel aufgrund der hohen Bürokratielast selten (16 %) oder nie (7 %) erfolgt.



Besorgniserregend sind die Antworten der Krankenhäuser hinsichtlich einer Beeinträchtigung der Patientenversorgung durch überbordende Dokumentations- und Nachweispflichten für das Personal. Nahezu die Hälfte (47 %) der befragten Kliniken gibt an, dass der bestehende Bürokratieaufwand häufig zulasten der Patientenversorgung geht. Fast genauso viele Krankenhäuser (45 %) gehen davon aus, dass das Übermaß an Bürokratie gelegentlich die Versorgung der Patientinnen und Patienten beeinträchtigt. Lediglich 5 % der Kliniken geben an, dass dies selten der Fall ist und nur 3 % der Häuser verzeichnen nie negative Auswirkungen auf die Versorgung.



Nach Einschätzung der Krankenhäuser könnten insbesondere folgende Maßnahmen (des Gesetzgebers) dazu beitragen, den Bürokratieaufwand zu reduzieren: die Vereinfachung von Dokumentationspflichten (96 %), klare Richtlinien und damit verbunden weniger Doppelerfassung bzw. Doppelprüfungen (91 %) sowie eine insgesamt stärkere Digitalisierung und Automatisierung von bestehenden Prozessen (86 %).

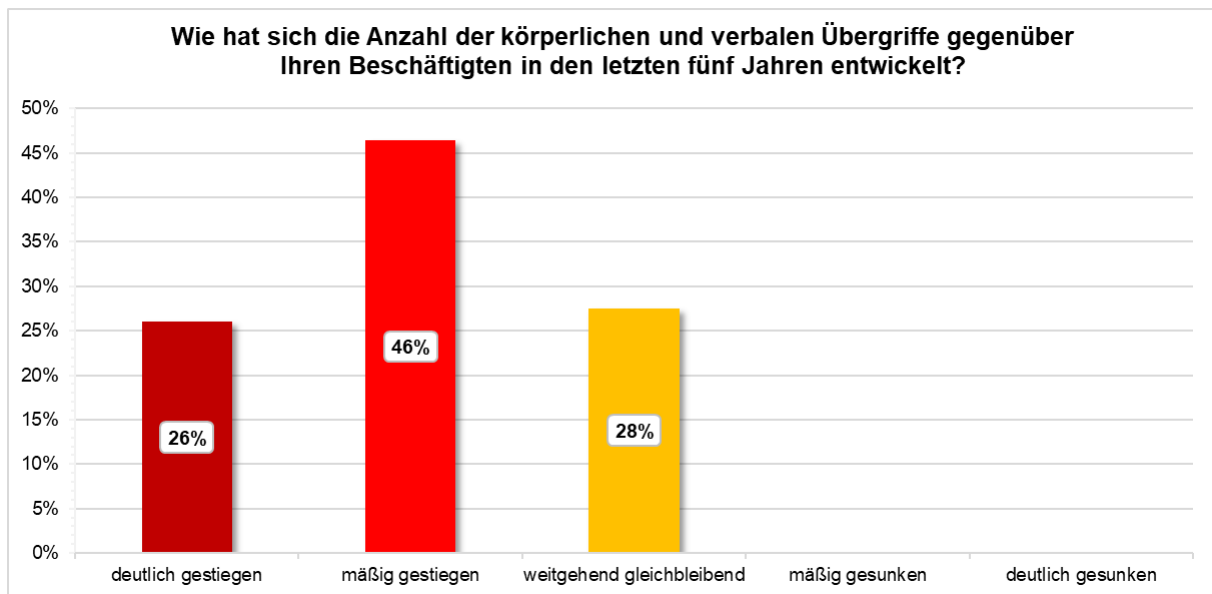


## 7. Fokus: Gewalt gegen Klinikpersonal

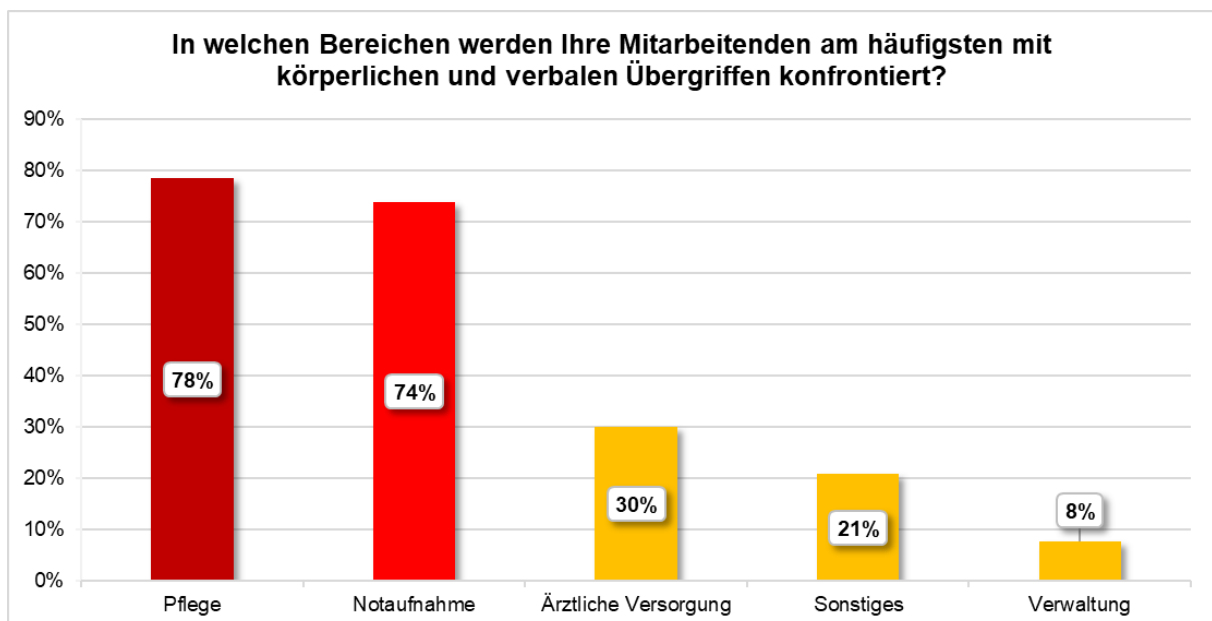
Die zunehmende Gewalt gegenüber den Mitarbeitenden in den Krankenhäusern stellt auch in Niedersachsen ein ernstzunehmendes Problem dar. Der aktuellen Erhebung der NKG zufolge ist ein signifikanter Anstieg der Gewalt gegen Klinikpersonal zu verzeichnen.

72 % der von der NKG befragten Krankenhäuser berichten von einem „deutlichen“ (26 %) oder „mäßigen“ (46 %) Anstieg der verbalen oder körperlichen Übergriffe gegen ihre Beschäftigten in den vergangenen fünf Jahren. 28 % der Kliniken ordnen das Gewaltniveau gegen Klinikpersonal als gleichbleibend ein.

Bezeichnend ist, dass kein einziges Krankenhaus in Niedersachsen einen Rückgang gewalttätiger Übergriffe verzeichnet.

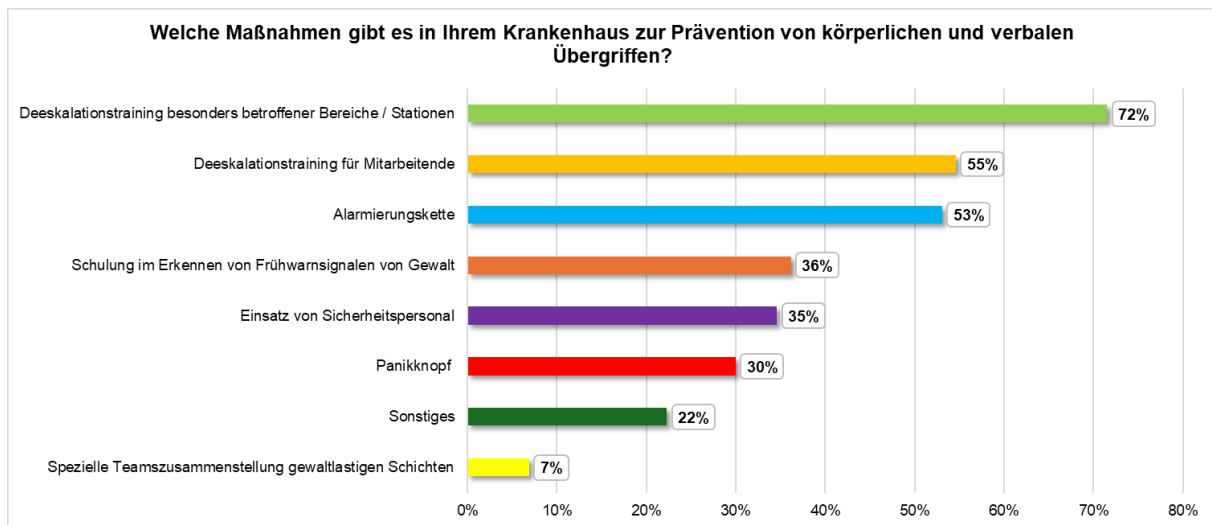


Besonders häufig betroffen von körperlichen und/oder verbalen Übergriffen sind die Mitarbeitenden im Bereich der Pflege (78 %) und in der Notaufnahme (74 %). Mit etwas Abstand folgen die Ärzteschaft (30 %), Mitarbeitende in sonstigen Bereichen (21 %) sowie das Verwaltungspersonal (8 %).



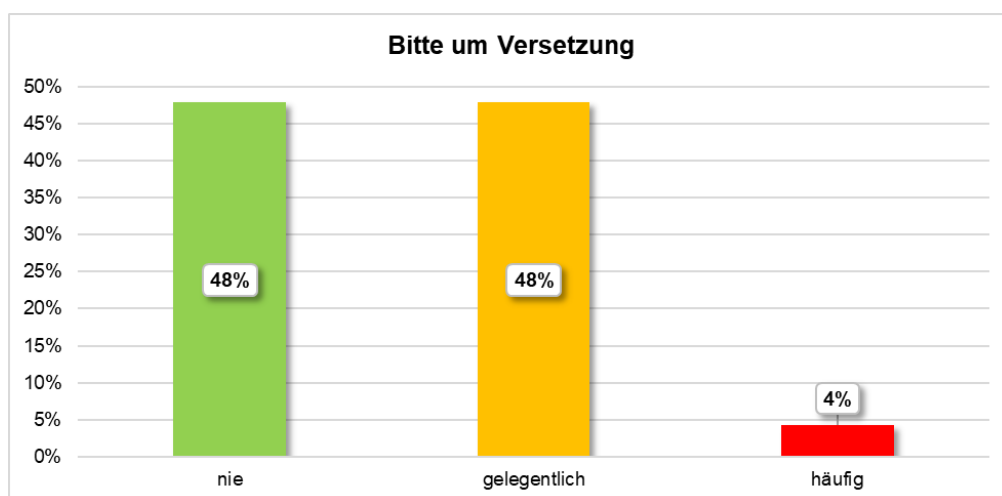
Die Krankenhäuser setzen bereits heute zahlreiche Maßnahmen zur Prävention von körperlichen und verbalen Übergriffen gegen Mitarbeitende um. Dazu gehören u.a. Deeskalationstrainings für Mitarbeitende in besonders betroffenen Bereichen bzw. Stationen (72 %), Deeskalationstrainings für Mitarbeitende aller Bereiche bzw. Stationen (55 %) sowie Alarmierungsketten (53 %). Darüber hinaus erfolgen Schulungen der Mitarbeitenden im Erkennen von Frühwarnsignalen von Gewalt (36 %). Neben dem

Einsatz von Sicherheitspersonal (35 %) kommen vielfach auch technologische Lösungen wie Panikknöpfe (30 %) zur Anwendung.



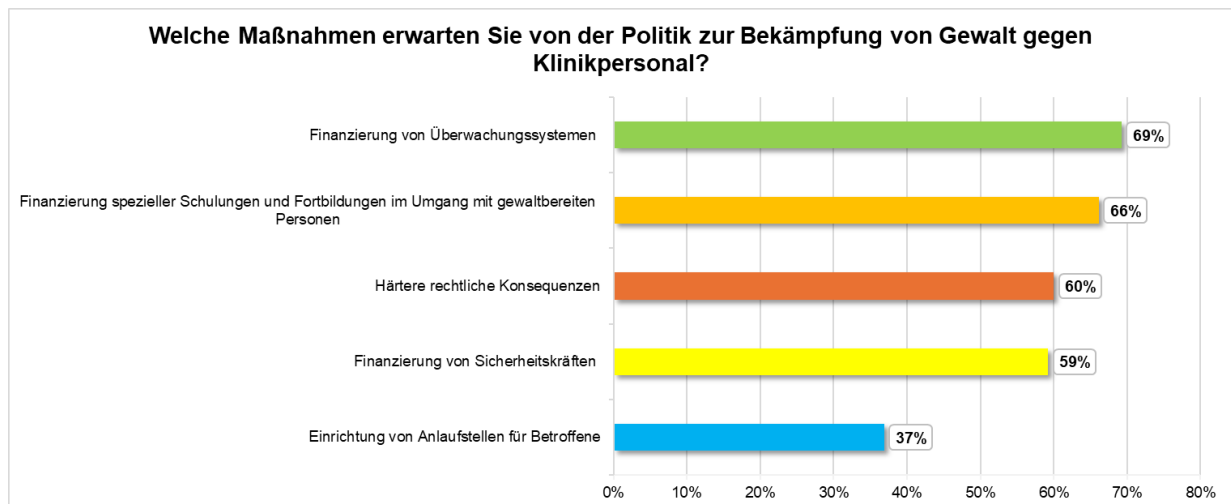
Neben unmittelbaren physischen Schäden und Verletzungen haben gewalttätige Übergriffe für betroffene Mitarbeitende vielfach auch psychische Folgen. Die Versorgungssicherheit wird beeinträchtigt, indem betroffene und ggf. traumatisierte Mitarbeitende sich aus ihrem Arbeitsgebiet etwa in der Notaufnahme in eine andere Abteilung versetzen lassen oder schlimmstenfalls ihre berufliche Tätigkeit im Krankenhaus komplett aufgeben. Die Arbeitgeber verlieren auf diese Weise wertvolle und erfahrene Mitarbeitende. Die Anzahl von Kündigungen als Folge gewaltsamer Übergriffe ist nur schwer zu quantifizieren. Der NKG liegen hierzu keine detaillierten Zahlen vor.

Etwas mehr als die Hälfte der Krankenhäuser gab in der Umfrage der NKG an, dass Beschäftigte, die körperlicher oder verbaler Gewalt ausgesetzt waren, gelegentlich (48 %) oder häufig (4 %) um eine Versetzung gebeten haben.





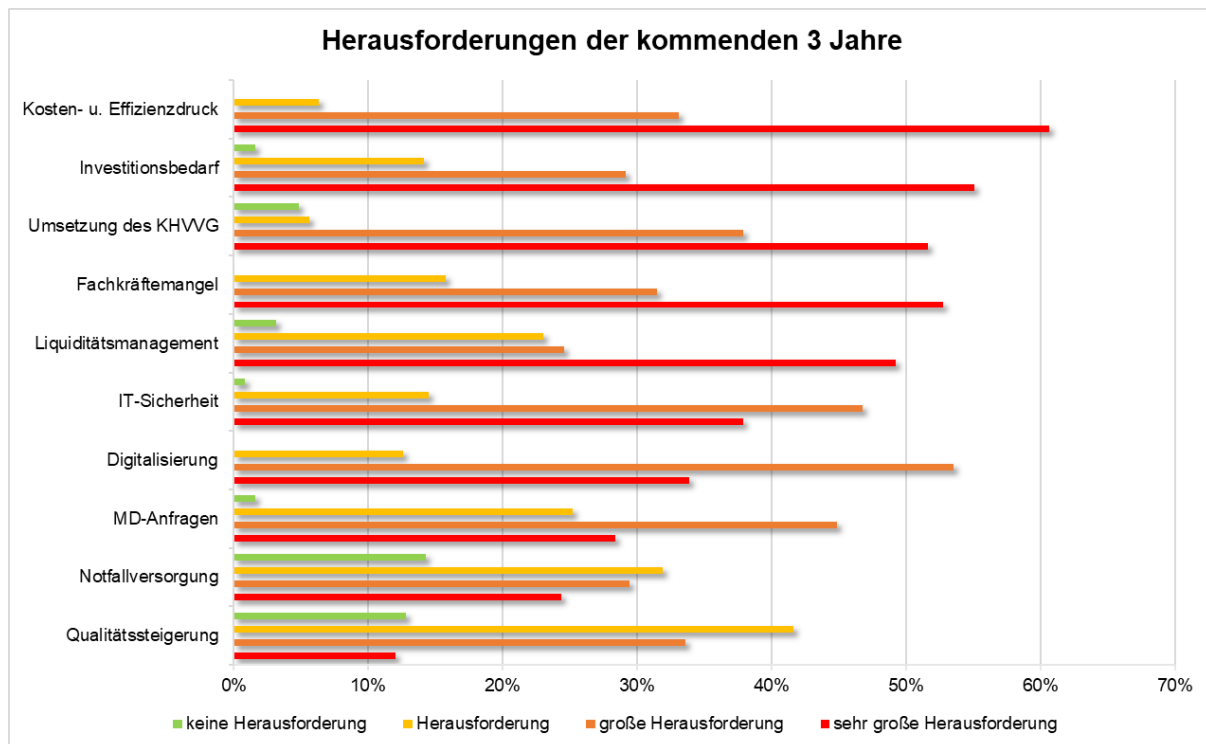
Befragt danach, welche Maßnahmen die Krankenhäuser von der Politik zur Bekämpfung von Gewalt gegen Klinikpersonal erwarten, stehen die Finanzierung von Überwachungssystemen (z.B. Kameras, Alarmsysteme) (69 %), die Finanzierung spezieller Schulungen und Fortbildungen für Mitarbeitende im Umgang mit gewaltbereiten Personen (66 %) sowie härtere rechtliche Konsequenzen z.B. in Form schnellerer Verfahren und durch Strafverschärfung (60 %) auf den ersten drei Plätzen. Direkt im Anschluss folgt der Wunsch nach Finanzierung von Sicherheitskräften (59 %) sowie der Einrichtung von Anlaufstellen für von Gewalt betroffene Mitarbeitende (37 %).



## 8. Herausforderungen

Wie bereits in den Vorjahren wurden die Krankenhäuser von der NKG danach gefragt, welche Herausforderungen sie in den kommenden drei Jahren zu bewältigen haben und welche Bedeutung sie den jeweiligen Themen beimessen. Der Kosten- und Effizienzdruck, Investitionsbedarf sowie die Umsetzung der Krankenhausreform werden von den Krankenhäusern als die größten Herausforderungen genannt, die es zu bewältigen gilt. Der Fachkräftemangel folgt – nachdem dieser über lange Jahre hinweg stets an erster Stelle rangierte – erst auf Platz vier der größten Herausforderungen. An fünfter Stelle folgt mit dem Liquiditätsmanagement bereits ein weiteres betriebswirtschaftliches Thema.

An dieser Gewichtung der größten Herausforderungen für die Krankenhäuser wird klar erkennbar, dass von einer Entökonomisierung im Krankenhauswesen keine Rede sein kann. Der wirtschaftliche Druck auf die Kliniken hat erheblich zugenommen. Weitere wesentliche Herausforderungen, mit denen sich die Krankenhäuser in den kommenden drei Jahren konfrontiert sehen, sind die Digitalisierung und hier insbesondere die IT-Sicherheit.



## 9. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die Auswertung der aktuellen Erhebung zeigt, dass die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser in Niedersachsen weiterhin ausgesprochen kritisch ist. Seit Jahren gelingt es der überwiegenden Mehrheit der Kliniken nicht mehr, ein positives Jahresergebnis zu erzielen. Für das Jahr 2025 rechnen drei Viertel der Krankenhäuser mit einem negativen oder zumindest nicht positiven Jahresabschluss. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die reguläre Finanzierung der Krankenhäuser strukturell unzureichend ist. Steigende Personal- und Sachkosten können nicht kompensiert werden. Dies spiegelt sich auch in der angespannten Liquiditätslage vieler Einrichtungen wider.

Trotz immenser wirtschaftlicher Belastungen investieren die Krankenhäuser beträchtliche Anstrengungen in den Aufbau und in die Sicherung ihres Personals. Es ist ihnen auf diesem Wege gelungen, insbesondere zusätzliche Pflegekräfte und Ärztinnen und Ärzte zu gewinnen und flächendeckend ein breit gefächertes Ausbildungsangebot vorzuhalten. Der Fachkräftemangel stellt jedoch weiterhin ein erhebliches Problem dar. Nach wie vor bleibt ein Teil der Ausbildungsplätze in den Krankenhäusern unbesetzt und die Stellenbesetzung gestaltet sich überwiegend schwierig bis sehr schwierig. Die Krankenhäuser sind hier sowohl auf verbesserte Rahmenbedingungen als auch auf eine insgesamt noch höhere Attraktivität der Gesundheitsberufe angewiesen.

Eine deutliche Belastung für die Krankenhäuser und ihre Mitarbeitenden ergibt sich aus dem zunehmenden Bürokratieaufwand. Nahezu alle Kliniken berichten von stark

wachsenden Dokumentations- und Nachweispflichten, die wesentliche personelle Ressourcen binden und sich zunehmend negativ auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten auswirken. Die Krankenhäuser sehen einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen überbordender Bürokratie und dem Berufswechsel erfahrener Fachkräfte und bewerten diese Entwicklung vor dem Hintergrund des bestehenden Personalengpasses überaus kritisch. Durch den Abbau überzogener Bürokratie und teurer Personal- und Strukturanforderungen ließen sich das Personal entlasten, die Patientenversorgung verbessern und zugleich die Kosten in den Kliniken senken.

Hinzu kommt eine signifikante Zunahme von Gewaltvorfällen gegenüber Klinikpersonal. Besonders betroffen sind Pflegekräfte und Mitarbeitende in den Notaufnahmen. Neben unmittelbaren physischen Schäden und Verletzungen haben gewalttätige Übergriffe für betroffene Mitarbeitende vielfach auch psychische Folgen. Die Versorgungssicherheit wird beeinträchtigt, indem betroffene und ggf. traumatisierte Mitarbeitende sich aus ihrem Arbeitsgebiet in eine andere Abteilung versetzen lassen oder schlimmstenfalls ihre berufliche Tätigkeit im Krankenhaus komplett aufgeben. Die Arbeitgeber verlieren auf diese Weise wertvolle und erfahrene Mitarbeitende. Die Kliniken reagieren hierauf mit einer Vielzahl an Präventionsmaßnahmen. Von der Politik fordern sie wirksame Unterstützungsmaßnahmen, die von Investitionen in Trainings- und Schulungsangebote sowie Sicherheitstechnik bis hin zu härteren rechtlichen Konsequenzen für Gewalttäter reichen.

In der Gesamtschau ergeben sich für die kommenden Jahre erhebliche Herausforderungen für die Kliniken in Niedersachsen. Kosten- und Effizienzdruck, ein hoher Investitionsbedarf, die Umsetzung der Krankenhausreform sowie die Sicherung der Liquidität dominieren die Agenda. Der Fachkräftemangel bleibt ein strukturelles Kernproblem. Ergänzend gewinnt die Digitalisierung, insbesondere im Bereich der IT-Sicherheit, weiter an Bedeutung.

Insgesamt wird deutlich, dass der ökonomische und regulatorische Druck auf die Krankenhäuser entgegen allen bisherigen Versprechungen der Politik weiter zunimmt. Im Ergebnis sind die Stabilität und Qualität der stationären Versorgung in Niedersachsen ohne entschiedenes Gegensteuern der politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene zunehmend gefährdet.